

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Inhaltsübersicht .....	VII
Abkürzungsverzeichnis .....	XXI
Einführung .....	1
1. Verbraucherrecht: Eine Herausforderung für den Zivilprozess? .....	1
2. Forschungsstand, Forschungsfragen und Forschungsmethoden .....	3
2.1. Von „Access to Justice“ zu „Alternative Dispute Resolution“ ..	3
2.2. Rechtsvergleichung als Methode .....	5
2.3. Die funktionale Betrachtungsweise .....	7
3. Rechtsprechung als Konfliktlösung?	
Die Untersuchungsgegenstände im Einzelnen .....	9
3.1. Überblick über das erste Kapitel .....	9
3.2. Überblick über das zweite und dritte Kapitel .....	10
1. Kapitel: Theoretischer Bezugsrahmen .....	12
1. Soziale Konflikte und Recht .....	12
1.1. Gesellschaftliche Bedeutung von Konflikten und Konfliktlösung .....	15
1.1.1.    Begriffs- und Problembestimmungen .....	15
1.1.1.1.    Konflikt als widerstreitende Wahrnehmung von Interessen .....	15
1.1.1.2.    Konfliktlösung und Macht .....	18
1.1.1.3.    Soziale Konflikte: Gruppen, Kollektivitäten und soziale Kategorien .....	20
1.1.2.    Konflikte und gesellschaftliche Stabilität: Soziologische Sichtweisen .....	23
1.1.2.1.    Soziologische Konflikttheorien (Lewis Coser, Ralf Dahrendorf, Walter L. Bühl) .....	23

1.1.2.2.	Strukturfunktionalismus und Systemtheorie (Niklas Luhmann) . . . . .	25
1.1.2.3.	Ergebnis . . . . .	26
1.2.	Konfliktbehandlung im und durch Recht . . . . .	27
1.2.1.	Recht als Form der Machtausübung . . . . .	28
1.2.1.1.	Regelstruktur und Allgemeinheit als Kennzeichen von positivem Recht . . . . .	28
1.2.1.2.	Rechtsanwendung: Deduktives Schließen und die Thematisierung von verrechtlichten Interessen . . . . .	31
1.2.1.3.	Operative Geschlossenheit und zweiwertige Codierung (Systemtheorie) . . . . .	34
1.2.1.4.	Ergebnis: Konfliktlösungsfunktionen des Rechts . . . . .	35
1.2.2.	Recht als Mittel materieller und diskursiver Gerechtigkeit . . . . .	37
1.2.2.1.	Die Unterscheidung zwischen Rechtsanwendungs- und Begründungsdiskursen in der Diskurstheorie . . . . .	37
1.2.2.2.	Ergebnis: Konfliktlösungsfunktionen des Rechts . . . . .	38
1.2.2.3.	Konflikte und Demokratie . . . . .	40
1.2.3.	Zwischenergebnis: Recht als Mittel des Interessen- schutzes in Konflikten . . . . .	43
2.	Konflikte auf Verbrauchermärkten im Privatrecht . . . . .	44
2.1.	Privatrecht und Wirtschaftssystem . . . . .	45
2.2.	„Kollektivgüter“: Die privatrechtliche Überformung sozialer Konflikte in den Verbrauchsbeziehungen . . . . .	47
2.2.1.	Soziale Ungleichgewichte in den Verbrauchsbeziehungen . . . . .	48
2.2.1.1.	Ungleichgewichte des Marktes: Organisation, Hierarchie und Standardisierung der Märkte . . . . .	48
2.2.1.2.	Verhandlungsungleichgewichte und Durchsetzungs- macht zwischen handelnden Einzelpersonen . . . . .	49
2.2.1.2.1.	Schicht und soziale Lage . . . . .	49
2.2.1.2.2.	Rollenanforderungen . . . . .	52
2.2.1.2.3.	Individuum und Unternehmen . . . . .	54
2.2.2.	Soziale Konflikte und die Repräsentation diffuser Interessen . . . . .	55
2.2.2.1.	Gruppen und kollektive Interessen in den Verbrauchs- beziehungen . . . . .	55
2.2.2.1.1.	Soziale Merkmale und und soziale Identität . . . . .	55
2.2.2.1.2.	Gebündelte Interessen, kollektive Interessen und Kollektivgüter . . . . .	57
2.2.2.2.	Repräsentation und Organisation diffuser Interessen . . . . .	59
2.2.2.2.1.	Kollektives Verhalten und kollektives Handeln . . . . .	59

2.2.2.2.2.	Organisationsfähigkeit	59
2.2.2.2.3.	Repräsentation und Repräsentativität	63
2.2.2.3.	Gegenstand und Aufgabe der Repräsentation in den Verbrauchsbeziehungen	65
2.2.3.	Verrechtlichung sozialer Konflikte durch Verbraucher- recht	66
2.2.3.1.	„Verbraucherleitbilder“	66
2.2.3.2.	Regelungs- und Schutzmodelle	67
2.3.	Konfliktlösung durch Verbraucherrecht	72
2.3.1.	Verbraucherrechtliche Regelungen als Kollektivgüter	72
2.3.1.1.	Personengruppenschutz?	72
2.3.1.2.	Materialisierung und andere Regelungsmodelle	73
2.3.1.3.	Das Kollektive im Verbraucherrecht: Allgemeininteressen und Sonderinteressen	76
2.3.1.4.	Recht und „Rechtsdurchsetzung“ als „Kollektivgut“	78
2.3.2.	Die Bedeutung von Recht in Verbraucherrechts- konflikten	80
2.3.2.1.	Verrechtlichungskritik	80
2.3.2.2.	Vergesellschaftung von Konflikten in und durch Recht	81
2.3.2.3.	Prozeduralisierung statt Materialisierung?	83
2.3.3.	Eine themenorientierte Typologie von Konflikten?	85
2.3.3.1.	Die Unterscheidung zwischen Interessen- und Wertkonflikten	85
2.3.3.2.	Konfliktkomplexität als Variable	86
2.3.4.	Interessen an der Thematisierung von Recht	88
2.3.4.1.	Kollektive Aspekte und strategischer Nutzen	89
2.3.4.2.	Komplexität der Beziehungen zwischen den Beteiligten	89
2.4.	Zwischenergebnis	90
3.	Soziale Konflikte vor Gericht: Rechtsprechung und ihre Alternativen	91
3.1.	Aufgaben und Leistungen der Rechtsprechung	91
3.1.1.	Implementation positiven Rechts	91
3.1.2.	Produktion von Recht und Konfliktabsorption durch Verfahren	94
3.1.3.	Ergebnis: Konfliktlösung als eigenständige und als akzessorische Aufgabe	96
3.2.	Rechtsprechung im Verhältnis zu anderen Funktionen	97
3.2.1.	Rechtsprechung im Verhältnis zum politischen System	97
3.2.2.	Rechtsprechung im Verhältnis zu Alternativen der Konfliktlösung	99
3.2.3.	Ergebnis: Begriffselemente von „Rechtsprechung“	101

3.3.	Idealtypische Merkmale von Verfahren der Rechtsprechung . .	102
3.3.1.	Entscheidungsmaßstab und Kommunikationslogik . . . . .	102
3.3.1.1.	Grundsatz und Konkretisierung: Die Problematik von Rechtsfortbildung und Richterrecht	103
3.3.1.2.	Setzung eigener Zwecke und Zweckausführung: Die Problematik der Billigkeitsrechtsprechung . . . . .	105
3.3.1.3.	Zukunft und Vergangenheit: Die Problematik der Folgenorientierung . . . . .	107
3.3.2.	Institutionelle Sicherungen der Rechtsbindung . . . . .	109
3.3.2.1.	Unabhängigkeit und Unparteilichkeit . . . . .	110
3.3.2.2.	Kontrolle und Begründung von Entscheidungen . . . . .	111
3.3.2.3.	Professionalisierung und Institutionalisierung . . . . .	111
3.3.2.4.	Öffentlichkeit des Verfahrens . . . . .	113
3.3.3.	Entscheidungszwang . . . . .	113
3.3.3.1.	Verbindlichkeit und Rechtskraftfähigkeit der Entscheidung	113
3.3.3.2.	„Formalität“ des Verfahrens und zweiwertige Struktur . .	114
3.3.3.3.	Konflikt als Gegenstand des Verfahrens . . . . .	114
3.3.4.	Idealtypische Merkmale von „Alternativen“ der Konfliktlösung . . . . .	116
3.3.4.1.	Rolle des/der (neutralen) Dritten . . . . .	116
3.3.4.2.	Entscheidungsmaßstab bzw. Kommunikationslogik . . . . .	118
3.4.	Repräsentation sozialer Konflikte vor Gericht . . . . .	121
3.4.1.	Konflikte und Konfliktebenen vor Gericht . . . . .	121
3.4.1.1.	Erfolgsbarrieren vor Gericht? . . . . .	121
3.4.1.2.	Schichttypische Zugangsbarrieren . . . . .	123
3.4.1.3.	Gerichtsverfahren als Professionellenspiel: Repeat-Player und One-Shotter . . . . .	124
3.4.1.4.	Rollenspezifische Zugangsbarrieren . . . . .	126
3.4.2.	Kompensationsstrategien in Rechtsdogmatik und Rechtspolitik . . . . .	128
3.4.2.1.	„Sozialer Zivilprozess“ . . . . .	129
3.4.2.2.	Access to Justice . . . . .	129
3.4.2.3.	Alternative Dispute Resolution und ökonomische Analysen der Rechtsprechung . . . . .	131
3.4.3.	Idealtypisch notwendige Zugangsbarrieren? . . . . .	132
4.	Zwischenergebnis und Leitfragen: Kompensation durch Repräsentation und Entformalisierung . . . . .	133

2. Kapitel: England .....	135
1. Geschichte und Funktionen der Rechtsprechung .....	135
1.1. Verbraucherrecht im Rechtssystem .....	135
1.1.1. Der rechtliche Interessenschutz in den Verbrauchs- beziehungen .....	135
1.1.1.1. Gesetzesrecht/Statute Law .....	135
1.1.1.2. Common Law und Equity .....	137
1.1.2. Institutionen des Verbraucherschutzes .....	141
1.1.2.1. Die Verwaltungskontrolle, insbesondere durch das Office of Fair Trading .....	143
1.1.2.2. Rechtsberatung und private Institutionen, insbesondere die Consumers' Association .....	145
1.2. Common Law und Gesetzesrecht: Zur Abgrenzung der Kompetenzen von Gerichtsbarkeit und politischem System .....	146
1.2.1. Souveränität des Parlaments und die Rule of Law .....	146
1.2.2. Verhältnis der Rechtsquellen Common Law und Statute Law .....	149
1.2.2.1. Entwicklung von Common Law als Rechtssetzung? .....	150
1.2.2.2. Richterliche Gesetzesauslegung vor und nach „Pepper v. Hart“ .....	152
1.2.2.3. Neuere Entwicklungen, insbesondere der Human Rights Act 1998 .....	154
1.3. Organisation und Verfahren der englischen Gerichtsbarkeit ..	157
1.3.1. Überblick über die heutige Gerichtsverfassung .....	157
1.3.2. Institutionelle Beziehungen zwischen Justizsystem und politischem System .....	159
1.3.2.1. Funktionen des House of Lords und des Lord Chancellor .....	159
1.3.2.2. Selbstverständnis der Richterschaft .....	161
1.3.3. Neuere Entwicklungen und Machtverschiebungen .....	164
1.3.3.1. Zum Wandel in der Organisation der Rechtsvertretung ..	164
1.3.3.2. Zur Reform des Verfahrens mit den Civil Procedure Rules 1999 .....	165
2. „Repräsentation“: Kollektivgüter und soziale Interessen als Verfahrensgegenstand .....	167
2.1. Die rechtliche Konstruktion sozialer Konflikte vor Gericht ...	168
2.1.1. Grundsätze der Klagebefugnis von Privatpersonen .....	168
2.1.1.1. Klagebefugnisse im öffentlichen Interesse? .....	169
2.1.1.2. „Legal right“ oder „real interest“ .....	171

2.1.1.3.	Immunitäten nach Common Law und Rechtsschutz nach Art. 6 EMRK . . . . .	172
2.1.2.	Zur Unterscheidung zwischen Verfahrensrecht und materiellem Recht . . . . .	174
2.1.2.1.	Immunität als materiell-rechtliches oder prozessuales Element . . . . .	174
2.1.2.2.	Das Verfahren des Striking Out von Vorbringen . . . . .	176
2.1.2.3.	Entscheidungsgegenstand und materielle Rechtskraft . . . . .	180
2.1.3.	Zur Rechtsschutzaufgabe der Gerichte . . . . .	181
2.1.3.1.	Recht und geschütztes Interesse im Gesetzesrecht . . . . .	183
2.1.3.2.	Die Klagebefugnis bei der Judicial Review . . . . .	184
2.1.3.2.1.	Klagebefugnisse privater Vereinigungen . . . . .	186
2.1.3.2.2.	Verhältnis von „sufficient interest“ zu „legal right“ . . . . .	188
2.1.3.3.	Klagebefugnis bei Unterlassungs- und Feststellungsklagen . . . . .	189
2.1.3.4.	Ergebnis: Überindividuelle Interessen im Zivilprozess . . . . .	191
2.2.	Repräsentation von Verbraucherinteressen und -kollektivgütern . . . . .	193
2.2.1.	Rechtswirkungen von Urteilen in Musterverfahren . . . . .	193
2.2.1.1.	Subjektive Grenzen der Rechtskraft (Procedural Privity) . . . . .	193
2.2.1.2.	Stare Decisis: Die bindende Wirkung von Precedents . . . . .	194
2.2.2.	Representative Proceedings/Stellvertreterklage . . . . .	195
2.2.2.1.	Verfahrensgrundsätze . . . . .	195
2.2.2.2.	Die Merkmale „same interest“ und „separate defenses“ . . . . .	197
2.2.2.3.	Zur Behandlung organisierter Gruppen . . . . .	199
2.2.3.	Mehrparteienverfahren . . . . .	202
2.2.3.1.	Grundsätze . . . . .	202
2.2.3.2.	Management kollektiver und individueller Konflikt- ebenen . . . . .	204
2.2.4.	Die Unterlassungsklage im Verbraucherinteresse . . . . .	208
2.2.4.1.	Klagebefugnis . . . . .	209
2.2.4.2.	Verfahren vor Klageerhebung . . . . .	211
2.2.4.3.	Rechtscharakter der Klage . . . . .	212
2.2.4.4.	Verfahrensmanagement durch das OFT in der Praxis . . . . .	213
2.3.	Ergebnis . . . . .	216
3.	„Entformalisierung“: Kollektivgüter und soziale Interessen in der Kommunikation vor Gericht . . . . .	219
3.1.	Verfahrensherrschaft und Kommunikation . . . . .	223
3.1.1.	Adversary Procedure . . . . .	223
3.1.1.1.	Ablauf des Verfahrens vor der Reform von 1999 . . . . .	226
3.1.1.2.	Ziele der Reform . . . . .	228
3.1.1.3.	Three-Track-System und Case Management . . . . .	230
3.1.1.4.	„Kompensatorische Verhandlungsführung“? . . . . .	233

3.1.2.	Small Claims-Verfahren . . . . .	234
3.1.2.1.	Entwicklung und Rechtsgrundlage . . . . .	236
3.1.2.2.	Erfahrungen mit der richterlichen Verfahrensleitung . . . . .	238
3.1.2.3.	Anwaltliche Vertretung der Parteien und Formalität . . . . .	240
3.1.3.	Ergebnisse . . . . .	242
3.1.3.1.	Erfahrungen aus den Small Claims-Verfahren . . . . .	242
3.1.3.2.	Ziele des Case Management in der Prozessrechtsreform . . . . .	244
3.2.	Alternative Konfliktlösung innerhalb und außerhalb des Gerichtsverfahrens . . . . .	247
3.2.1.	Die Diversifizierung der Konfliktlösungsangebote . . . . .	247
3.2.1.1.	Angebote an Schiedsverfahren, Schlichtung und Vermittlung . . . . .	247
3.2.1.2.	Außergerichtliche Verfahren und Verbraucherinteressen . . . . .	249
3.2.1.2.1.	Überblick, insbesondere Ombudsmanverfahren . . . . .	249
3.2.1.2.2.	Bewertung . . . . .	251
3.2.2.	Gerichtliche Schlichtung nach der Prozessrechtsreform . . . . .	253
3.2.3.	Kosten- und verfahrensrechtliche Anreize zur gütlichen Einigung . . . . .	254
3.2.3.1.	Höhe und Variablen des Kostenrisikos . . . . .	255
3.2.3.2.	Gerichtliche Instrumente zur Steuerung vor- und außergerichtlicher Verhandlungen . . . . .	259
3.2.4.	Prozessfinanzierung zwischen individuellen und über- individuellen Interessen . . . . .	264
3.2.4.1.	Die bisherigen Regelungen über Legal Aid . . . . .	264
3.2.4.2.	Das neue Regime und der Community Legal Service . . . . .	266
3.2.4.3.	Verhältnis von öffentlicher und privater Finanzierung . . . . .	268
3.2.4.4.	Verteilung des Kostenrisikos innerhalb einer sozialen Gruppe . . . . .	270
3.2.4.5.	Finanzierung von Unterlassungsklagen im Verbraucher- interesse . . . . .	272
3.3.	Ergebnis . . . . .	274
3.	Kapitel: Deutschland . . . . .	276
1.	Geschichte und Funktionen der Rechtsprechung . . . . .	276
1.1.	Verbraucherrecht im Zivilrechtssystem . . . . .	277
1.1.1.	Entwicklung des rechtlichen Verbraucherschutzes . . . . .	277
1.1.2.	Institutionen des Verbraucherschutzes . . . . .	279
1.2.	Rechtsprechung und politisches System in der Geschichte . . . . .	280
1.2.1.	Die gemeinrechtliche Modernisierung . . . . .	281
1.2.2.	Das preußisch-absolutistische Gerichtsverfahren . . . . .	282
1.2.3.	CPO, GVG und ihre Reformen . . . . .	283
1.2.4.	Ausdifferenzierung der Aufgaben der Gerichte? . . . . .	286

1.3. Kompetenzabgrenzungen heute . . . . .	287
1.3.1. Prozesszwecktheorien . . . . .	288
1.3.2. Verfassungsrechtliche Kompetenzabgrenzungen . . . . .	292
1.3.2.1. Das verfassungsrechtliche Gewaltenteilungsprinzip . . . . .	293
1.3.2.2. Der Justizgewährungsanspruch: Zum Verhältnis von Schlichtung und subjektivem Rechtsschutz . . . . .	296
1.3.2.3. Rechtsprechung als Streitentscheidung . . . . .	301
1.3.3. Institutionelle Sicherungen der Rechtsbindung . . . . .	303
1.3.3.1. Unabhängigkeit der Richterinnen und Richter . . . . .	304
1.3.3.2. Die Rolle der rechtlichen Vertretung und der Rechtsanwaltschaft . . . . .	305
1.3.3.3. Öffentlichkeit . . . . .	307
1.3.3.3.1. Verfahren, Beratung, Abstimmung und Entscheidungs- findung . . . . .	307
1.3.3.3.2. Begründung und Veröffentlichung von Entscheidungen . .	309
1.4. Ergebnis . . . . .	310
2. „Repräsentation“: Kollektivgüter und soziale Interessen als Verfahrensgegenstand . . . . .	311
2.1. Die rechtliche Konstruktion sozialer Konflikte . . . . .	312
2.1.1. Der Anspruch als Trennlinie und Brücke zwischen materiellem und Verfahrensrecht . . . . .	312
2.1.2. Das subjektive Recht als Gegenstand des Anspruchs . . . . .	314
2.1.3. Die Eigenständigkeit des Prozessrechts . . . . .	317
2.1.3.1. Die Lehren von den Zulässigkeits- und den Klagbar- keitsvoraussetzungen . . . . .	318
2.1.3.2. Prozessführungsbefugnis und Voraussetzungen der Prozesstandschaft . . . . .	321
2.1.3.3. Das Merkmal des Rechtsschutzbedürfnisses . . . . .	324
2.1.4. Ergebnis . . . . .	325
2.2. Prozessuale Begriffe des Streit- und Entscheidungs- gegenstands . . . . .	325
2.2.1. Rechtswirkungen von Urteilen in Musterverfahren . . . . .	326
2.2.2. Zur Bedeutung des Streitgegenstandsbegriff . . . . .	328
2.2.2.1. Gegenstände der Streitgegenstandslehre . . . . .	328
2.2.2.2. Bestimmtheit des Antrags und Bindung des Gerichts . . . .	329
2.2.2.3. Umfang der Rechtskraft . . . . .	331
2.2.2.3.1. Verhältnis zum materiell-rechtlichen Anspruch . . . . .	332
2.2.2.3.2. Die Rechtskraft von Urteilen auf Teilklagen . . . . .	334
2.2.3. Besondere Rechtsschutzziele . . . . .	337
2.2.3.1. Feststellungsklage . . . . .	338
2.2.3.1.1. Begriff des Rechtsverhältnisses . . . . .	338

2.2.3.1.2.	Feststellungsinteresse .....	340
2.2.3.2.	Unterlassungsklagen .....	343
2.2.3.2.1.	Materiell-rechtlicher Unterlassungsanspruch? .....	344
2.2.3.2.2.	Zur Bestimmtheit von Unterlassungsantrag und Urteilsformel .....	346
2.2.3.2.3.	Zum Umfang der materiellen Rechtskraft von Unter- lassungsurteilen .....	349
2.2.4.	Ergebnis .....	353
2.3.	Repräsentation von Verbraucherinteressen- und -kollektivgütern .....	354
2.3.1.	Die Verbandsklage auf Unterlassung .....	354
2.3.1.1.	Entstehungsgeschichte und Entwicklung .....	355
2.3.1.1.1.	Die Verbandsklage der Wettbewerbsverbände .....	355
2.3.1.1.1.1.	UWG .....	355
2.3.1.1.1.2.	UKlaG .....	357
2.3.1.1.2.	Die Verbraucherverbandsklage .....	358
2.3.1.2.	Rechtscharakter .....	359
2.3.1.2.1.	Rechtscharakter der Verbandsklage der Wettbewerbs- verbände .....	359
2.3.1.2.1.1.	Nach dem UWG: Verhältnis zur Prozessstandschaft? ...	359
2.3.1.2.1.2.	Nach dem UKlaG .....	362
2.3.1.2.2.	Rechtscharakter der Verbraucherverbandsklage .....	363
2.3.1.2.3.	Ergebnis .....	368
2.3.1.3.	Konsequenzen der Anspruchskonstruktion .....	368
2.3.1.3.1.	Unterlassung als Gegenstand .....	368
2.3.1.3.2.	Zulässigkeits- und Begründetheitsfragen .....	371
2.3.1.3.3.	Rechtswirkungen eines Urteils .....	373
2.3.1.3.4.	Konkurrenzen verschiedener Klagebefugnisse .....	376
2.3.1.3.5.	Dispositivität des Anspruchs .....	379
2.3.1.3.6.	Gebrauch und Missbrauch .....	380
2.3.1.4.	Zur Finanzierung der Verfahren .....	383
2.3.2.	Bündelung individueller Interessen .....	386
2.3.2.1.	Gruppenklagen (Zusammenfassung gleichartiger Verfahren) .....	387
2.3.2.1.1.	Allgemeine Regeln der ZPO .....	387
2.3.2.1.2.	Gruppen- oder Musterklagen für Massenschadensfälle? .	389
2.3.2.1.2.1.	Modelle: Musterverfahren mit oder ohne Gruppen- vertreter/in .....	390
2.3.2.1.2.2.	Das Musterverfahren in kapitalmarktrechtlichen Streitigkeiten: Grundstruktur .....	391
2.3.2.1.2.3.	Eignung für die Wahrnehmung kollektiver Interessen ..	393
2.3.2.2.	Sammelklagen durch Verbände .....	395
2.3.2.2.1.	Prozessstandschaftliche Mitgliederverbandsklage .....	396
2.3.2.2.2.	Die Sammelklagebefugnis der Verbraucherverbände (§ 3 Nr. 8 RBerG) .....	397

2.3.3.	Verbandsklage auf kollektiven Schadensersatz . . . . .	400
2.3.3.1.	Der Vermögenswert von Kollektivgütern im Verbraucherschutz . . . . .	401
2.3.3.1.1.	Die Bewertung des kollektiven Rechtsverfolgungs- interesses . . . . .	401
2.3.3.1.2.	Orientierung am ökonomischen Nachteil der sozialen Gruppe der Verbraucher . . . . .	402
2.3.3.1.3.	Orientierung am ökonomischen Vorteil des schädigenden Unternehmens . . . . .	404
2.3.3.2.	Der Gewinnabschöpfungsanspruch nach § 10 UWG . . .	405
2.3.3.2.1.	Meinungen zum Rechtscharakter . . . . .	406
2.3.3.2.1.1.	Punitive Damages . . . . .	406
2.3.3.2.1.2.	Deliktsrecht und Schadensausgleich . . . . .	407
2.3.3.2.1.3.	Herausgabe ungerechtfertigter Bereicherung . . . . .	409
2.3.3.2.2.	Stellungnahme: Geschütztes Interesse . . . . .	410
2.3.3.2.3.	Rolle der Verbände . . . . .	412
2.4.	Ergebnis . . . . .	413
3.	„Entformalisierung“: Kollektivgüter und soziale Interessen in der Kommunikation vor Gericht . . . . .	414
3.1.	Verfahrensherrschaft und Kommunikation . . . . .	415
3.1.1.	Die Parteienherrschaft über den Entscheidungs- gegenstand . . . . .	415
3.1.1.1.	Das Dispositionsprinzip . . . . .	415
3.1.1.2.	Der Beibringungsgrundsatz . . . . .	419
3.1.2.	Verfahrensleitung und richterliche Befugnisse . . . . .	422
3.1.2.1.	Mündlichkeit und Unmittelbarkeit . . . . .	423
3.1.2.2.	Die richterliche Prozessleitung . . . . .	425
3.1.2.2.1.	Materielle Prozessleitung nach § 139 ZPO . . . . .	427
3.1.2.2.1.1.	Praxis . . . . .	428
3.1.2.2.1.2.	Rechtliche Grenzen der Hinweispflicht . . . . .	429
3.1.2.2.1.3.	Richterliche Hinweise und Festlegung der Tatsachen- grundlagen . . . . .	431
3.1.2.2.2.	Parteiernennung und Parteianhörung . . . . .	434
3.1.2.2.3.	Ergebnis . . . . .	437
3.1.3.	Verfahrensgestaltung „im Verbraucherinteresse“ . . . . .	437
3.1.3.1.	„Kompensatorische“ Verfahrensleitung . . . . .	437
3.1.3.2.	Das amtsgerichtliche Verfahren und anwaltliche Vertretung . . . . .	439
3.1.3.3.	Insbesondere das Bagatellverfahren nach § 495a ZPO . .	440
3.1.3.4.	Der Beibringungsgrundsatz in Verbandsklageverfahren .	443
3.1.4.	Ergebnis . . . . .	444

3.2. Alternative Konfliktlösung innerhalb und außerhalb des Gerichtsverfahrens .....	446
3.2.1. Die Schlichtungstätigkeit der Gerichte .....	446
3.2.1.1. Der Güetermin (§ 278 ZPO) .....	446
3.2.1.2. Die Tätigkeit des Herbeiführens einer gütlichen Einigung (§ 278 Abs. 1 ZPO) .....	448
3.2.1.3. Die Dispositionsmaxime in Verbandsklageverfahren ...	452
3.2.2. Die Steuerung des Zugangs zu Gericht .....	455
3.2.2.1. Außergerichtliche Konfliktlösungsmechanismen .....	456
3.2.2.1.1. Verfahren nach § 15a EGZPO .....	456
3.2.2.1.2. Außergerichtliche Verfahren und Verbraucherinteressen	457
3.2.2.1.3. Insbesondere: Ombudsverfahren im Finanzdienst- leistungsbereich .....	459
3.2.2.1.4. Bewertung .....	463
3.2.2.2. Finanzierung gerichtlicher Verfahren .....	466
3.2.2.2.1. Höhe und Variablen des Kostenrisikos .....	466
3.2.2.2.2. Beratungs- und Prozesskostenhilfe .....	469
3.2.2.3. Diversifizierung innerhalb der Gerichtsbarkeit .....	470
3.3. Ergebnis: Verfahrenstypen und kollektive Interessen .....	472
 4. Kapitel: Vergleich und Ergebnisse: Rechtsprechung als Instrument der Konfliktlösung .....	 476
1. Aufgaben und dogmatische Struktur des Zivilprozesses im Rechtsvergleich .....	476
1.1. Rechtsprechung im Privatrecht .....	476
1.2. Herausforderungen der Verfahrensrechte durch Verbraucher- schutzrecht .....	477
1.3. „Repräsentation“: Konzepte des subjektiven Rechtsschutzes ..	478
1.4. „Entformalisierung“: Das Verhältnis von Rechtsprechung und Alternativen der Konfliktlösung .....	479
2. Soziale Konflikte in der Rechtsprechung und ihren Alternativen ..	481
2.1. Kollektivinteressen im Zivilprozess .....	481
2.1.1. Zum Begriff der kollektiven Interessen .....	482
2.1.2. Zur Legitimation der Repräsentation im Zivilprozess: „Systemgerechtigkeit“? .....	483
2.1.3. Zivilrechtsdogmatische Konsequenzen für das deutsche Recht .....	484

2.2. Zwischen Repräsentation und Entformalisierung: Ausdifferenzierung von Verfahrenstypen statt komplexer gerichtlicher Problemlösungsverfahren .....	486
2.3. Rechtsprechung als Konfliktlösung .....	489
3. Ausblick .....	490
Zusammenfassung .....	491
Literaturverzeichnis .....	505
Entscheidungen englischer Gerichte .....	541
Stichwortverzeichnis .....	545